

Krijn Thijs

### Der Untergang des historischen Herrschaftsdiskurses. Ost-Berliner Parteihistoriker zwischen Erosion und Kontinuität in der späten DDR<sup>1</sup>

Die neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts werden in die Geschichte der deutschen Historiographie vermutlich eingehen als ein Jahrzehnt intensiver Aufarbeitung der Disziplingeschichte unter beiden deutschen Diktaturen, denn bevor die fortwährende Debatte um die Historiker im Nationalsozialismus 1998 in aller Heftigkeit ausbrach, wurde in ausführlichen und manchmal sehr kontroversen Auseinandersetzungen die Vergangenheit der DDR-Geschichtswissenschaft erforscht und gedeutet.<sup>2</sup> Diese letzteren Forschungen sind mittlerweile beendet oder befinden sich in ihrer Abschlußphase<sup>3</sup>; die Lage läßt zum Bilanzieren ein.

Rückschauend lassen sich zwei Aspekte beobachten, die den heutigen Forschungsstand zur DDR-Historiographie insgesamt beeinträchtigen. Der erste Aspekt ist eine thematische Beschränkung auf die Etablierungsphase

- 1 Dieser Aufsatz geht zurück auf eine Magisterarbeit, die im Sommer 2000 an der Vrije Universiteit Amsterdam vorgelegt wurde. Mein Forschungsaufenthalt in Deutschland verdanke ich einem Stipendium der Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung.
- 2 Bemerkenswerterweise bringt man den „späten Zeitpunkt“ der Diskussion um die NS-Historiographie nur selten mit Existenz und Untergang der DDR in Verbindung – außer wenn es um die Archive geht. (Exempl. die Einführung in: W. Schulze/O. G. Oexle [Hrsg.], *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1999, S. 11-48, bes. S. 27ff.). Doch während unbequeme Vorwürfe von DDR-Historikern an bestimmte westliche Fachkollegen noch im Kalten Krieg ohne kritische Auseinandersetzung in der BRD spürbar erschwerten, stimulierten sie diese nach der Wende, als dem Mindestmaß an Entlassungen nach 1945 ein Höchstmaß an Abwicklungen nach 1990 gegenübergestellt wurde. Vgl. zum ersten Thema C. Kleßmann, *Historiker und „imperialistische Ostforschung“*. Ein Kapitel deutsch-deutscher Wissenschaftsgeschichte im Kalten Krieg, *Deutschland Archiv* (2002) 1, S. 13-31. Zur zweiten Debatte umfassend: K. H. Jarausch/M. Middell/M. Sabrow, *Störfall DDR-Geschichtswissenschaft. Problemfelder einer kritischen Historisierung*, in: G. Iggers u. a. (Hrsg.), *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem* (München 1998 [= HZ Beiheft 27]).
- 3 Vgl. S. Ebenfeld, *Geschichte nach Plan? Die Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft der DDR am Beispiel des Museums für Deutsche Geschichte in Berlin (1950-1955)*, Marburg 2001; M. Kessler, *Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der Frühen DDR*. Mit einem Vorwort von Georg. G. Iggers, Köln, u. a. 2001; M. Sabrow, *Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR (1949-1969)*, München 2001. Demnächst erscheint S. Lokatis, *Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichtsschreibung unter Ulbricht (1956-1971)*, Potsdam 2002.

der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft, das heißt auf die 1950er und 1960er Jahre. Als zweiter Aspekt hat sich zunehmend ein methodisches Interesse für eine „exotisierende Betrachtungsweise“ etabliert, mit dem man versucht, eine sichere Distanz zum Forschungsobjekt zu gewährleisten. Beide Aspekte zusammen haben einen Forschungsstand produziert, der die 1970er und die 1980er Jahre der DDR-Historiographie als eigenständigen Zeitabschnitt vernachlässigt und der auf theoretischen Fundamenten beruht, die sich lediglich für die Hälfte des Untersuchungszeitraums bewährt haben. Zum Ausgleichen beider Defizite möchte ich in diesem Aufsatz mit einem Fallbeispiel aus den 1980er Jahren beitragen.

Daß die seit 1990 betriebenen Forschungen zur DDR-Geschichtswissenschaft fast ausschließlich die 1950er und 1960er Jahre in den Blick nehmen<sup>4</sup>, hatte zunächst plausible inhaltliche Gründe. Denn in dieser Etablierungsphase der „historischen Legitimationswissenschaft“ „wurde nicht nur das Fundament für die weitere Entwicklung gelegt, es wurden auch bereits die wesentlichen Grundstrukturen geschaffen.“<sup>5</sup> Da aber diese Grundstrukturen mittlerweile hinlänglich bekannt sind, braucht man erneut Fragen nach den Wandlungen oder Modifikationen der DDR-Historiographie in ihrer späteren Entwicklung. Denn für die Dynamik der Erbe- und Tradition-Debatte ab den späten 1970er Jahren ist man immer noch auf zeitgenössische Publikationen angewiesen, denen jede Akteneinsicht fremd war.<sup>6</sup> Ebenso gilt dies etwa für die „Verantwortungsgemeinschaft“ der BRD- und DDR-Historiker in den späten 1980er Jahren.<sup>7</sup>

4 Vgl. Anm. 3. Ebenso: U. Neuhäuser-Wespy, Die SED und die Historie. Die Etablierung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren, Bonn 1996; I.-S. Kowalczuk, Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 1997.

5 Ders., „Wo gehobelt wird, da fallen Späne“. Zur Entwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft bis in die späten fünfziger Jahre, in: ZfG 42 (1994), S. 302-318, hier 304.

6 Vgl. E. Kühr/H. von Löwis, Griff nach der deutschen Geschichte. Erbeaneignung und Traditionspflege in der DDR, Paderborn 1988; A. Fischer/G. Heydemann (Hrsg.), Geschichtswissenschaft in der DDR. 2 Bde., Berlin, 1988-1990 und J. H. Brinks, Die DDR-Geschichtswissenschaft auf dem Weg zur deutschen Einheit. Luther, Friedrich II. und Bismarck als Paradigmen politischen Wandels, Frankfurt a. M./New York 1992. Unverzichtbar aber noch immer: H. Meier/W. Walter Schmidt (Hrsg.), Erbe und Tradition. Die Diskussion der Historiker, Berlin 1988.

7 Vgl. S. Miller/M. Ristau (Hrsg.), Erben deutscher Geschichte. DDR – BRD: Protokolle einer historischen Begegnung, Reinbek 1988; M. Broszat, Erfolg und Scheitern eines deutsch-deutschen Zeitgeschichts-Dialogs, in: ders./K. Schwabe (Hrsg.), Die Deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, München 1989, S. 7-24. Als Ausnahme: M. Sabrow, Zwischen Ökumene und Diaspora. Die Westkontakte der DDR-Historiographie im Spiegel ihrer Reiseberichte, in: Berliner Debatte Initial (1996) 3, S. 86-97.

Die einseitige Konzentration auf die Etablierungsphase der DDR-Historiographie hatte auch einen methodischen Grund. Denn überzeugend setzte sich in den 1990er Jahren eine „kritische Historisierung“ der DDR-Geschichtswissenschaft durch, die eine sichere Distanz zum Forschungsobjekt einzuhalten versuchte. Die weiter zurückliegende Zeit wurde somit bevorzugt, nicht zuletzt sicherlich auch, um dem moralischen Schlächtfeld über weiterhin tätige ehemalige DDR-Historiker zu entfliehen.<sup>8</sup> Im Ergebnis stand aber oft eine Polarisierung zwischen kennendem Subjekt und erforschtem Objekt – zwischen dem Heute und den 1950er und 1960er Jahren –, eine künstliche Polarisierung, der die verbindende Brücke der 1970er und 1980er Jahre zum Opfer fiel. Auch thematisch wurde polarisiert, indem auf die Gefahr einer überdimensionalen „Exotisierung“ hin die „Andersartigkeit“ der DDR-Geschichtswissenschaft ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückte. Die uns fremde Bedeutung ihrer zentralen Kategorien wie „Parteilichkeit“ oder „Einheit von Politik und Wissenschaft“ untergrub den Glauben an die Kompatibilität der untergegangenen DDR-Historiographie und der Geschichtswissenschaft westlicher Provenienz<sup>9</sup> – trotz beharrlicher Vorschläge, die Geschichte der DDR-Geschichtsschreibung in das Kontinuum der (internationalen) Wissenschaftsgeschichte einzuordnen und sie somit als Teil eines umfassenden Ganzen zu begreifen, das auch die Gegenwart mit einschließt.<sup>10</sup>

Die 1970er und 1980er Jahre bilden in diesem Forschungs- und Diskussionsstand eine zwar umkämpfte, aber kaum erforschte Grauzone. Die einen versuchen, ihre durch eine historisierende Betrachtung der 1950er und 1960er Jahre gewonnenen Erkenntnisse implizit auch auf die Zeit nach 1970 auszuweiten, wie Martin Sabrow in der Theorie des umfangreichen Potsdamer Forschungsprojekts „Geschichte als Herrschaftsdiskurs“<sup>11</sup>, wäh-

8 R. Eckert/I.-S. Kowaleczuk/I. Stark (Hrsg.), *Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes*, Berlin 1994.

9 M. Sabrow, *Beherrschte Normalwissenschaft. Überlegungen zum Charakter der DDR-Historiographie*, in: GG 24 (1998), S. 412-445.

10 M. Middell, *Geschichtswissenschaft in der DDR – Strukturgefängnis oder individuelle Handlungsmöglichkeiten im Wandel von 45 Jahren*, in: Iggers n. a. (Hrsg.), *Die DDR-Geschichtswissenschaft (Anm. 2)*, S. 160-204; R. Possekel, 'Kuriositätenkabinett' oder Wissenschaftsgeschichte? Zur Historisierung der DDR-Geschichtswissenschaft, in: GG 24 (1998), S. 446-462; W. Küttler, *Die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft und das Systemdenken im Ost-West-Konflikt* in: ders./J. Rüsen/e. Schulin (Hrsg.), *Geschichtsdiskurs. Bd. 5: Globale Konflikte, Erinnerungsarbeit und Neuorientierungen seit 1945*, Frankfurt a.M. 1999, S. 75-105.

11 Sabrow versucht die DDR-Historiographie anhand ihrer Etablierungsphase „als system-spezifischen Typus einer andersartigen Wissenschaft zu rekonstruieren, der ihre Identität von den späten fünfziger Jahren bis zu den beginnenden achtziger Jahren ausmachte.“ (Sabrow, *Beherrschte Normalwissenschaft* [Anm. 9], S. 421.) Vgl. ders. (Hrsg.), *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR*,

rend die anderen der gesamten „Exotisierung“ widerstreben, indem sie wissenschaftshistorische Alternativstrategien vorschlagen, die jedoch ihre konzeptuelle Plausibilität eher den Entwicklungen der 1970er und 1980er Jahre entnehmen sollen. Eine *empirische* Untersuchung dieser letzten beiden Jahrzehnte könnte unterdessen zwei Wege gehen.

Zum einen bieten sich die Nebenfelder der DDR-Historiographie als Untersuchungsfeld an, gewissermaßen die Peripherie des historischen Diskurses, wo westliche Beobachter in den 1980er Jahren einen Prozeß der „Verwissenschaftlichung“ vermuteten.<sup>12</sup> Doch inzwischen hat etwa Ralf Possekkel überzeugend dargelegt, wie der scheinbare Fortschritt historischen Wissens meistens Züge von Ausweichstrategien oder seitwärts gerichteter Ausdifferenzierung trugen.<sup>13</sup> Die fehlende Möglichkeit, in der DDR einen Paradigmenwechsel durchzuführen, hat die wissenschaftliche Produktion auch auf jenen Feldern, wo der unmittelbare Anspruch der Partei geringer war, schließlich doch erstickt. Zum anderen bietet sich der Kern der DDR-Historiographie zur Untersuchung an, die Geschichtsschreibung der eigenen Partei und der Arbeiterbewegung, also das Feld, auf dem ideologische Bindung und wissenschaftlicher Auftrag in den größten Widerspruch gerieten. Der Umgang mit diesem Widerspruch und seine (zumindest theoretische) Beseitigung bildet ein Schwerpunkt der kulturhistorischen Untersuchungen von Martin Sabrow, in deren Ergebnis das Modell des historischen Herrschaftsdiskurses der DDR steht.

Der vorliegende Aufsatz geht den zweiten Weg. Nachdem ausführlich ein Fallbeispiel aus der Historiographie der Arbeiterbewegung dargelegt wird, stehen einige Grundthesen und Ergebnisse des Herrschaftsdiskursprojektes zur Diskussion. Ich werde argumentieren, daß man die Ereignisse der späteren DDR-Geschichtswissenschaft nur bedingt mit Hilfe dieses Diskursmodells erklären kann, da es erstens eine Homogenität im historischen Deutungshorizont voraussetzt, die m. E. in den verschiedenen Sektoren und Subdisziplinen der DDR-Historiographie nach Mitte der 1970er Jahre nicht mehr vorhanden war. Zweitens homogenisiert das Diskursmo-

---

Köln u. a. 2000. Ausführlicher zur Verfallsphase ders., Der Konkurs der Konsensdikatur. Überlegungen zum inneren Zerfall der DDR aus kulturgeschichtlicher Perspektive, in: K. H. Jarausch/M. Sabrow (Hrsg.), Weg in den Untergang: der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S. 83-116.

12 Vgl. G. G. Iggers (Hrsg.), Ein anderer historischer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte, Frankfurt a. M. 1991; A. Fischer/G. Heydemann, Weg und Wandel der Geschichtswissenschaft und des Geschichtsverständnisses in der SBZ/DDR seit 1945 in: Dies., Geschichtswissenschaft (Anm. 6), Bd. I, S. 3-30.

13 R. Possekkel, Der Selbstwiderspruch der DDR-Historiker als analytisches Problem. Befund einer Diskussion in: Iggers u. a. (Hrsg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft (Anm. 2), S. 131-152.

dell in hohem Maße zwischen den verordneten Ordnungskategorien und der tatsächlichen Denkwelt historischer Akteure. Ich werde zeigen, daß das individuelle Denken vieler professioneller Experten auch in der Parteihistoriographie der 1980er Jahre mit den Kategorien und Anforderungen des Herrschaftsdiskurses kollidierte, was eine Trennung zwischen Diskurs und historischem Subjekt notwendig macht. Wenn aber das Verhältnis zwischen Herrschaftsdiskurs und beherrschtem Subjekt unklar ist, scheint die Erklärungskraft des Modells gefährdet. Gewisse Modifizierungen werden für die Zeit nach 1970 unverzichtbar.

Doch zunächst zum Fallbeispiel. Das Untersuchungsfeld bildet die Berliner Stadtgeschichtsschreibung in der späteren DDR, die im Vorfeld der 750-Jahrfeier Berlins (1987) einen besonderen Aufschwung erlebte. Im Zentrum steht ein historiographisches Prestigeprojekt der Berliner SED-Bezirksleitung (BL), nämlich die auf vier Bände angelegte „Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung von den Anfängen bis zur Gegenwart“. Dabei geht es mir, dem kulturhistorischen Forschungstrend der 1990er Jahre folgend, nicht in erster Linie um die Inhalte, sondern um die Verfaßtheit der DDR-Geschichtswissenschaft in ihren letzten beiden Jahrzehnten.

## I. Die revolutionären Arbeiter Berlins in vier Bänden

Das Thema „Berliner Arbeiterbewegung“ gehörte in der DDR zum Tätigkeitsbereich der „Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED Berlin“ (kurz: Bezirksgeschichtskommission).<sup>14</sup> Diese Kommission war in den Parteiapparat eingegliedert und stand unter direkter Anleitung der Bezirksabteilung für Agitation und Propaganda. Ihre wichtigste Säule war das Autorenkollektiv, das seit 1969 an einem „Abriß der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung 1917–1971“ arbeitete. Ziel war es, die gerade erschienene achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (GDA) regional zu erweitern. Aber mit Ulbrichts Sturz verlor auch die GDA viel von ihrer Autorität als homogenisierender Maßstab der DDR-Historiographie<sup>15</sup>, wenngleich eine neue autorisierte Darstellung der Parteigeschichte unter Erich Honecker nicht vervollständigt wurde. Dadurch schwebten die Autoren der Bezirksgeschichtskommission einigermaßen orientierungslos auf dem Themenfeld der Parteigeschichte. Ihr Abriß scheiterte und wurde 1975

14 Unterlagen dieser Kommission sind erhalten im Berliner Landesarchiv (fortan: LA), C-Rep 902 (E) 381-400.

15 S. Lokatis, Die Zensur historischer Literatur in der DDR unter Ulbricht, in: Iggers u. a. (Hrsg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft (Anm. 2), S. 281-294, hier 291.

umgewandelt zur „Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung“ (GrBA).<sup>16</sup> Bis zum Untergang der DDR wurde an diesem auf vier Bände angelegten Projekt geschrieben. Dabei wurde die Arbeit dieses Kollektivs von zwei Faktoren bestimmt: von seiner Zusammensetzung und seiner Stellung im DDR-Geschichtsdiskurs.

Bis tief in die 1970er Jahre hinein war das Autorenkollektiv, das unter Leitung des Akademiehistorikers Heinz Habadank stand, ein ständig wechselndes Sammelsurium von schreibenden Propagandisten, aus eigener Erinnerung schöpfenden Parteiveteranen, professionellen Wissenschaftlern und Hobbyhistorikern. Die Mitgliedschaft in der Bezirksgeschichtskommission war ehrenamtlich; sie rief also Freizeitarbeit und Statusprobleme hervor. Es war schwierig, genügend Autoren zu finden und diese auch zusammenzuhalten. Nicht selten wurde der Projektleiter Habadank enttäuscht von Unproduktivität und abspringenden Historikern.<sup>17</sup> Es war dem persönlichen Engagement des Bezirksekretärs Dr. Roland Bauer, selbst Historiker, zu verdanken, daß das notleidende Projekt in den 1970er Jahren etwas professionalisiert werden konnte.<sup>18</sup> Das Autorenkollektiv erweiterte sich bis auf 24 Mitglieder. Aber die großen Unterschiede in den Fähigkeiten und Kompetenzen der Kapitelautoren blieben bestehen. Die Hauptsorge war daher immer das Schließen von „Kaderlücken“ oder das Ersetzen von „unfähigen“ Historikern. Auf freiwilliger Basis war eben kaum eine qualitativ hochwertige Mannschaft zu gewinnen.

Als zweite große Schwierigkeit erwies sich für das Autorenkollektiv das Verhältnis zum Institut für Marxismus-Leninismus (IML), dem auf dem Themenfeld der Parteigeschichte führenden Parteiinstitut beim Zentralkomitee. Hier wurde parallel an der neuen Parteigeschichte gearbeitet (der vierbändigen Geschichte der SED), die den alten Achtbänder von 1966 ersetzen sollte und die somit für die gesamte DDR-Historiographie einen klaren Leitcharakter hatte. Es war der zweifelhafte Vorteil der Berliner Geschichtskommission, daß das IML ebenfalls in Berlin angesiedelt war und somit eine Art „ständige Vertretung“ ins BL-Autorenkollektiv senden

16 LA, C-Rep 902 (E) 381, Arbeitsplan für 1976/1977, 30. September 1975.

17 So schied etwa Genosse Werner Kaufmann (Humboldt-Universität, GrBA-Abschnitt 1929–1933) 1977 auch „ohne Zustimmung des Sekretariats der Bezirksleitung“ aus dem Kollektiv aus. (Beschluß der SED-Bezirksleitung Berlin, 38/77, 14.11.77, Vorlage der Bezirksgeschichtskommission, in: LA, C-Rep 902 (D) 116.)

18 Roland Bauer hatte sich fröhlich in die berüchtigten Diskussionen um die Novemberrevolution verstrickt und war sogar 1962–1964 Direktor des IML gewesen (vgl. J. Petzold, „Meinungsstreit“ im Herrschaftsdiskurs, in: Sabrow, Geschichte als Herrschaftsdiskurs [Anm. 11], S. 287–314, hier 297 und 301; Neuhäuser-Wespy, Die SED und die Historie [Anm. 4], S. 65, 69, 75ff.). Noch in der Bezirksleitung blieb er nebenbei als Berlin-Historiker tätig und setzte sich sehr für das Projekt der Geschichtskommission ein, bis er 1978 aus der Bezirksleitung ausschied.

konnte.<sup>19</sup> Zusätzlich behielten sich die Spitzenfunktionäre des IML das Recht vor, die GrBA zu begutachten, um so direkt über die Darstellung entscheiden zu können. Wie nach zu zeigen sein wird, erzeugte diese mannigfaltige Nähe zum IML eher eine hemmende als eine stimulierende Spannung.

Wie fast alle historischen Kollektivprojekte der DDR läßt sich auch die Entstehungsgeschichte der GrBA als eine endlose Reihe von Terminüberschreitungen und Verzögerungen lesen. Die 1975 vorgenommene Umwandlung des Projektes zur „Geschichte der *revolutionären Berliner Arbeiterbewegung*“ bedeutete die Ausdehnung des Unterfangens von drei auf vier Bände, die 1980 fertiggestellt werden sollten.<sup>20</sup> Nachdem aber zwei Jahre später die ersten Verzögerungen und Schwierigkeiten mit bestimmten Kapiteln unübersehbar wurden, mußte man Ende 1979 diesen Termin zur Fertigstellung der GrBA fallen lassen. Und im „Bericht über die Jahre 1978/1979“ an die Bezirksleitung (März 1980) meldete Kollektivleiter Habedank, „daß einige Genossen ihre Arbeit nicht termin- oder qualitätsgemäß abgeschlossen haben“. Als Ursachen für die Rückstände sah er „zentrale Aufgaben in ihren wissenschaftlichen Einrichtungen“; „schlechte[n] Gesundheitszustand“; „Schwierigkeiten bei der konzeptionellen Bewältigung und bei der Darstellung des Stoffes“ oder schließlich schroff „Unfähigkeit“. Vergeblich meldete er über die letzteren: „Diese Genossen müssen durch andere Kapitelautoren ersetzt werden.“<sup>21</sup> Die Termine wurden um etwa vier Jahre verschoben. Insgesamt sah Habedank als Hoffnungs-schimmer, daß die gerade erschienenen Leitschriften zur Parteigeschichte, der „Abriß“ der SED-Geschichte der SED (1978) und die Thälmann-Biographie (1980), neue Orientierung boten. Und der Status der GrBA wuchs, als sie wegen ihrer Bedeutung für die künftige Berliner 750-Jahrfeier in den „Zentralen Forschungsplan der Gesellschaftswissenschaften der DDR 1981–1985“ aufgenommen wurde.

Aber auch in der Zeit nach 1980 fiel ein Termin nach dem anderen. Im Mai 1981 mußte Habedank berichten, daß – obwohl für die ersten drei Bände jetzt sogenannte „Feindispositionen“ vorlagen – bei einzelnen Kapiteln noch immer keine Fortschritte verbucht worden wären, während „allgemeine konzeptionelle Probleme“ über den ganzen Inhalt ungelöst blie-

19 Unter den 24 Mitgliedern des Autorenkollektivs waren sechs IML-Funktionäre.

20 Die letzten drei Bände, die die Zeiträume 1917–1945, 1945–1961 und 1961–1976 zu umfassen hatten, sollten gemäß der Planung bis 1980 fertiggestellt werden. Band I (Anfänge bis 1917), der mit der Umwandlung zur GrBA erst neu entstand, sollte „nach 1980“ erscheinen.

21 Heinz Habedank, Bericht über die Jahre 1978/1979. Entwurf, 2. Januar 1980, in: LA, C-Rep 902 (D) 633/1.

ben. Erst ein weiteres Jahr später, im März 1982, konnte er dem Sekretariat der Bezirksleitung endlich einen mäßigen Fortschritt in der Arbeit melden, wobei die Qualität und der Stand der Kapitel durchaus noch „sehr unterschiedlich“ seien. Nur der Band 4 (1961 bis Gegenwart) blieb merklich zurück. Und wieder ein Jahr später, im Frühjahr 1983, wurde tatsächlich das Manuskript des zweiten Bandes (1917–1945) gemäß der letzten Terminplanung zur Probe-Begutachtung ins IML gebracht. Groß muß das Erschrecken des Kollektivs gewesen sein, als im Juli 1983 ein 60-seitiges Gutachten zurückkam, das vor allem das Kapitel von Günther Wehner (Institut für Agrargeschichte, Abschnitt 1939–1945) in den Boden stampfte.<sup>22</sup>

„Es gibt derart viel grob Falsches, Halbwahres, Verzerrtes über den Widerstandskampf, daß es mir unmöglich ist, auf alle Schiefheiten einzugehen, trotz beiliegender umfangreicher Einzelbemerkungen,“

urteilte Gutachterin Luise Kraushaar (IML) vernichtend.<sup>23</sup> Das besagte Kapitel, aus dem die Parteiführung ihr Selbstbild speiste, wurde auf 23 Gutachtenseiten völlig auseinandergenommen – eine empfindliche Niederlage der Geschichtskommission gegenüber dem IML. Das Gutachten wurde zur Pflichtlektüre für alle Kapitellautoren der GrBA; Band 2 mußte überarbeitet werden.

Band 4 – „inhaltlich und politisch der komplizierteste Band“ – geriet 1983 endgültig in den Hintergrund. Das Schreiben einer Selbstgeschichte der Berliner SED 1961–1981 schien im Geschichtsdiskurs der DDR eine unlösbare Aufgabe zu sein. Es stand faktisch noch nichts auf dem Papier.<sup>24</sup> Das Herausgeberkollektiv verbarg sich hinter allen möglichen Ausreden und schob die Fertigstellung in die ferne Zukunft.<sup>25</sup> Der überarbeitete Band 2 ging dagegen im Herbst 1984 erneut ins IML. Nunmehr wurde diese Hürde erfolgreich genommen: Das Manuskript sei „gelingen“ und könne „mit einem vertretbaren Aufwand in relativ kurzer Zeit zur Veröffentlichungsreife gebracht werden.“<sup>26</sup> Die abermalige Überarbeitung nahm fünf

22 Schreiben Walter Wimmer an die Kommission, 25. Juli 1983, mit sechs Teilgutachten, in: ebenda, C-Rep 902 (E) 389.

23 Ebenda, Luise Kraushaar, Bemerkungen zu Kapitel 6, Juni 1983, S. 1.

24 Erst im November 1984 wurde eine Konzeption für Band 4 vorgelegt.

25 „Die Erarbeitung einer spezifischen Konzeption für die 60er und 70er Jahre [...] hat längere Zeit als vorgesehen in Anspruch genommen. Für diese Zeiträume ist der Forschungsvorlauf am geringsten. Das Autorenkollektiv für diesen Band ist erst am Beginn der achtziger Jahre gebildet worden und muß sich noch festigen.“ (Protokoll der Beratung des Herausgeberkollektivs am 11. November 1983).

26 Walter Wimmer, Gutachten zum Manuskript des 2. Bandes, 20. November 1984, in: LA, C-Rep 902 (E) 387, S. 1.



Monate in Anspruch, dann wurde der Band 2 im Mai 1985 dem Sekretariat der Bezirksleitung zur Bestätigung vorgelegt.

Beim dritten Band mußten aber schon im Autorenkollektiv zusätzliche „Bearbeitungsstufen“ eingebaut werden. Erst mit einem weiteren Jahr Verspätung wurde das Manuskript im Mai 1985 dem IML übergeben.<sup>27</sup> Zurück kam aber kein Gutachten, sondern ein Verbot: Die Leitung der Bezirksgeschichtskommission mußte im Oktober 1985 bekannt machen, daß die *gesamte* GrBA vorerst nicht erscheinen dürfte.<sup>28</sup> Der erste Band geriet mit in Diskredit. Im Mai hatte Habedank noch behauptet, daß sich dieser „in der letzten Phase der Überarbeitung“ befindet<sup>29</sup>, im Sommer 1985 stellte jedoch das IML die Begutachtung ein. Es dauerte schließlich bis Anfang 1986, als die Entscheidung fiel, wenigstens die ersten beiden Bände der GrBA nun doch zum Berlin-Jubiläum (1987) zu veröffentlichen.<sup>30</sup> Zügig erarbeitete das IML jetzt das noch ausstehende Gutachten zum ersten Band. Im Mai 1986 urteilte Gutachterin Annelies Laschitza größtenteils zustimmend.<sup>31</sup> Der rasch überarbeitete Band 1 wurde im September 1986 vom Sekretariat der Bezirksleitung abgesegnet und zusammen mit Band 2, der schon anderthalb Jahre vorher als „publikationsreif“ eingestuft worden war, in den Dietz-Verlag gebracht. Ende 1987, noch im Jubiläumsjahr, erschienen die beiden ersten Bände der *Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung*. Von den Bänden 3 und 4 wurde in der DDR-Öffentlichkeit bis zum Ende der DDR nichts mehr vernommen.<sup>32</sup>

Die Entstehungsgeschichte der GrBA war eine Geschichte des Scheiterns. Zwei der vier Bände erschienen etwa sieben Jahre später als ursprünglich geplant. Der dritte wurde nie veröffentlicht und der vierte nie geschrieben. Die Tatsache, daß die gebundene Historiographie in den 1980er Jahren nicht imstande war, eine historische Darstellung vollständig herauszubringen, an der über fünfzehn Jahre gearbeitet wurde, ist als ein deutliches Versagen dieser Geschichtswissenschaft und ihrer „Spielregeln“ zu werten. In der „normalen“ Parteihistoriographie der späten DDR tauchten, wie unten zu zeigen ist, auf zwei Ebenen Probleme auf, die bis zum Untergang 1989 ungelöst bleiben mußten: erstens eine *institutionelle* Patt-

27 Schreiben der BL an Ernst Diehl (IML), 21. Mai 1985, Anlage: Manuskript des dritten Bandes (fehlt), in: LA, C-Rep 902 (E) 388.

28 Protokoll der Leitungssitzung am 3. Oktober 1985, in: LA, C-Rep 902 (E) 385.

29 Bericht Habedank an die ZIG-Direktion, 23. Januar 1985, in: Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (fortan: ABBAW), ZIG 562.

30 Bericht der Geschichtskommission über 1984/85, BL-Beschluß 18/86, 21. Mai 1985, in: LA-C-Rep 902 (E) 226.

31 LA, C-Rep 902 (E) 387, Laschitza, Gutachten zu Band 1, Mai 1986, S. 1.

32 Die *Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945*, Berlin, 1987.

stellung und zweitens die dazugehörige *individuelle* Demütigung und Demotivation einzelner Historiker. Beide Probleme trieben die Parteigeschichtsschreibung noch in den 1980er Jahren in Richtung eines historiographischen Bankrotts.

## II. IML versus Bezirksgeschichtskommission: Ein institutionelles Patt

Dem Autorenkollektiv der Berliner Bezirksgeschichtskommission wurde zuallererst der ganz besondere Einheitlichkeitszwang der DDR-Historiographie zum Verhängnis. Dem das größte Hindernis bei der Fertigstellung der „Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung“ war nicht der Zeitmangel der Autoren – obwohl er bestimmt zu den Verzögerungen beigetragen hat – oder etwaiges subversives Verhalten, sondern der „Reformstau“ im historiographischen Großprojekt des IML, der *Geschichte der SED* in vier Bänden. Bekanntlich genoß das zentrale Projekt des IML höchste Autorität; Kurt Hager selbst stand dem Autorenkollektiv vor. Seit den 1970er Jahren wurde über das Verhältnis der Berliner Arbeitergeschichte zur allgemeinen SED-Geschichte diskutiert, sollte doch der Inhalt der beiden Darstellungen eng übereinstimmen. Walter Wimmer (IML) formulierte es 1983 einigermmaßen euphemistisch, aber zwingend so:

„Es wäre sicherlich unzweckmäßig, wenn die ‚Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung‘ in wesentlichen Fragen ohne hinreichenden Grund andere Standpunkte und Einschätzungen enthielte als die zukünftige ‚Geschichte der SED‘.“<sup>33</sup>

Doch ein klares Leitbild gab es kaum: die achtbändige GDA war überholt und die neue „SED-Geschichte“ noch nicht fertig. Damit war das Problem evident: die GrBA sollte früher erscheinen als die IML-Geschichte der SED. Sie befand sich in der großen Gefahr, dem autorisierten Prestigeprojekt des IML vorzeitig in die Räder zu fahren und somit „Falsches“ über die Geschichte der Arbeiterbewegung zu verbreiten.

Das Autorenkollektiv war sich dessen sehr wohl bewußt. Die Erleichterung, mit der die Publikation des „Abrisses“ und der kanonisierten Thälmann-Biographie hingenommen wurde, mußte keineswegs vorgetäuscht sein: Beide Werke boten dem Kollektiv eine wichtige Orientierung in Sachen Leitlinien. Denen galt es nachzueifern, um die Gefahr zu verringern, mit dem eigenen Vierbänder Grenzen zu überschreiten. Nichtsdestoweniger traten bei der GrBA natürlich eine Menge – spezifisch Berliner – Probleme in Erscheinung, deren Lösung aus dem „Abriß“ nicht abzielten war. Diesen Problemen fiel zuerst der vierte Band der GrBA zum Opfer, der sich für

33 Schreiben Wimmer an die Geschichtskommission, 25. Juli 1983, S. 2.

den Zeitraum 1961–1981 kaum auf bereits vorgelegte, autorisierte „Forschungsergebnisse“ stützen konnte. Dem Kollektiv fehlten die Autorität und die Kompetenz, um den ersten Schritt in das politisch verminten Niemandsland der Parteigeschichte der 1960er und 1970er Jahre zu machen. Ohne Rückendeckung hatte kein normaler Historiker hier eine Chance.

Aber nicht nur der Band 4, auch die anderen Bände sollten sich zunehmend an der Arbeit im IML orientieren. Schon im Juli 1981 erklärte das GrBA-Herausgeberkollegium den Genossen des IML:

„Eine notwendige Aufgabe ist die weitere inhaltliche Durchdringung der Gesamtproblematik des Projektes [...] mit dem Ziel, inhaltlich in allen Punkten ein einheitliches Vorgehen zu erreichen. An dieser Stelle möchten wir auch die Genossen [...] des IML bitten, uns zu helfen, daß die neuen Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Arbeit an der 4-Bändigen SED-Geschichte auch in unsere Arbeit einfließen können.“<sup>34</sup>

Die auf der Hand liegende Maßnahme, beide Projekte zu koppeln und die gesamte GrBA erst fertigzustellen, nachdem die Publikation der SED-Geschichte die offenen Fragen der Parteigeschichte vorweggenommen hätte, wurde vorerst nicht getroffen. Als Lösung bot sich an, daß sich die Mitglieder des GrBA-Kollektivs im Zweifelsfall bei den Autoren der SED-Geschichte beraten konnten. Mehrmals schickten die Herausgeber der GrBA fortan die Kapitelautoren, die „Schwierigkeiten bei der konzeptionellen Bewältigung des Stoffes“ hatten, ins IML. Dort bekamen sie als „Orientierungshilfe“ manchmal sogar Einsicht in die Textentwürfe der SED-Geschichte.<sup>35</sup> Im eigenen Autorenkollektiv konnten sie so die neuen Anforderungen (immer als „Erkenntnisfortschritte“ und „neue Forschungsergebnisse“ verstanden<sup>36</sup>) einarbeiten.

34 Referat zum Auftreten der Bezirkskommission vor dem Problem: Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung/Betriebsgeschichte am 9. Juni 1981 im IML, 6. Juli 1981, S. 13, in: LA, C-Rep 902 (E) 383.

35 Aus den vielen Beispielen: „Wir schlagen vor, daß das Autorenkollektiv zu gegebener Zeit [...] Einsicht in den dann vorliegenden Entwurf der ‚Geschichte der SED‘ nimmt. ‚Ähnlichkeiten‘ im Text dürfen natürlich nicht herauskommen.“ (Walter Wimmer, Gutachten zu Band 2, 25. Juli 1983). Auch dem Genossen Guido Graehn (Humboldt-Universität, Kap. 1945–1949) „sollte ermöglicht werden, sich mit der Gedankenführung zum Vereinigungsprozeß im entsprechenden Band der SED-Geschichte vertraut zu machen.“ (Protokoll der Sitzung des Herausgeberkollektivs am 2. Juli 1984, 7. Juni 1984, in: LA, C-Rep 902 (E) 389).

36 Typisch ist der Vokabular von Ernst Diehl (IML): „Es liegen bereits jetzt mit der ‚Geschichte der SED. Abriss‘ und der Thälmannbiographie sowie mit anderen Publikationen eine konzeptionelle Grundlage für die Parteigeschichte sowie *gesicherte Aussagen und Wertungen* zu den wesentlichen parteigeschichtlichen Ereignissen vor. [...] Damit dürften Voraussetzungen bestehen, daß die ‚Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung‘ in Kenntnis der *neuesten Ergebnisse* der Parteigeschichtsforschung abgefaßt werden

Einige Zeit funktionierte diese Zusammenarbeit relativ gut, bis die Angst vor Abweichungen Anfang 1984 erneut überhand nahm. Und das nicht ohne Grund, denn die Autoren der GrBA hatten es sich sogar geleistet, einige Zäsuren anders zu setzen als in der SED-Geschichte.<sup>37</sup> Das IML nahm daraufhin die relative Freiheit des GrBA-Kollektivs zurück. Band 4 wurde 1984 aufgegeben, und für die übrigen Bände wurde das Konsensideal, das sich von allein nicht verwirklichte, zu strengem Konsenszwang umformuliert: „Voraussetzung für das Erscheinen der Bände ist eine inhaltliche und politische Übereinstimmung mit der SED-Geschichte.“<sup>38</sup> Schließlich wurde der wachsenden und demotivierenden Unsicherheit, ob die eigene Darstellung nun erscheinen konnte oder nicht, im Sommer 1985 ein deutliches Ende gesetzt: Nachdem der Band 3 (1945–1961) im IML gelesen worden war, kam das Veto. Der Vorsitzende der Bezirksgeschichtskommission, Alfred Loesdau, mußte dem Autorenkollektiv im Oktober berichten, „daß die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung laut zentraler Festlegung erst nach der Herausgabe der Geschichte der SED erscheinen kann.“<sup>39</sup> Im IML wurde die Begutachtung des ersten Bandes eingestellt.<sup>40</sup> Wenn man auf die gesamte vierbändige SED-Geschichte warten müßte, würde es sich um Jahre handeln.

Doch diese offene Kapitulation vor den Zwängen des Konsenses, der „Einheitlichkeit“ und der Hierarchie konnte zum Teil noch abgewendet werden. Von verschiedenen Seiten im Apparat wurde eine erfolgreiche Lobby zugunsten der GrBA gestartet. Mit dem kommenden Stadtjubiläum

---

kann.“ (Schreiben Diehl an die BL, 29.1.82, in: LA, C-Rep 902 (E) 389, Hervorhebungen von mir, KT.).

37 Dabei war es in der DDR-Historiographie bekanntlich gerade die Periodisierungsfrage, die höchste Konformität auf allen Ebenen verlangte. Aber der Bandredakteur des Bandes 3, Gerhard Keiderling, hatte beispielsweise „folgende Ordnung vorgenommen: Schlußpunkt des Kap. 2 liegt bei Jahresende 1947 [...]. Das weicht von SED-Geschichte ab, die die Zäsur April/Mai 1948 ansetzt, entspricht meines Erachtens aber besser der Berliner Lage.“ (G. Keiderling, Bericht über Fertigstellung der Bandfassung, o. D. (April/Mai 1984), in: ebenda, C-Rep 902 (E) 389) Und zu Band 1: „Ein Hauptproblem besteht darin, daß die ‚Berliner Arbeiterbewegung‘ die Zäsur zwischen Kapitel 3 und 4 anders setzt als die Geschichte der SED.“ (Laschitzka, Gutachten zu Band 1, Mai 1986, S. 15).

38 Beratung zu Fragen und Problemen der Arbeit am Z-Projekt am 4. Januar 1984, in: LA, C-Rep 902 (E) 388.

39 Protokoll der Leitungssitzung am 3. Oktober 1985.

40 Information Kurt Hager an das Politbüro, 26. März 1986: Bericht der Abteilung Wissenschaften des ZK über die Verwirklichung der Aufgaben des Zentralen Forschungsplanes der Gesellschaftswissenschaften im Jahre 1985, 19. Februar 1986, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/9.04, 23. Zur GrBA hieß es: „Das endgültige Gutachten durch das Institut für Marxismus-Leninismus wird erst nach Fertigstellung [...] der Geschichte der SED erfolgen. Deshalb wurde auch der ursprünglich vorgesehene Erscheinungstermin 1987 [...] vertagt.“ (ebenda, S. 32.).

verfügten die Befürworter einer raschen Herausgabe der Berliner Darstellung über ein geeignetes Druckmittel. Im Januar 1986 trug ZK-Abteilungsleiter Hannes Hörnig das Problem zur höchsten Entscheidungsmacht in dieser Sache, Kurt Hager. Nach überzeugender Darlegung der Situation<sup>41</sup> wollte er von Hager wissen, „ob unter den gegebenen Umständen eine solche Kopplung [zwischen SED-Geschichte und GrBA – KT] noch zweckmäßig ist.“<sup>42</sup> Hager gab als Kompromiß der Veröffentlichung der ersten beiden Bände seinen Segen. Ein Jubiläum ohne Arbeiterbewegung wäre undenkbar, wobei das Jahr 1945 hier eine unüberschreitbare Grenze bildete: Der bereits fertiggestellte GrBA-Band 3 (1945–1961) mußte weiterhin in der Schublade verbleiben.<sup>43</sup>

Das Warten auf die neue offizielle Darstellung der Parteigeschichte kennzeichnete in der späten DDR nicht nur die Arbeit von Historikern, die in verschiedenen Kollektiven die Parteigeschichte erforschten. Über die gesamte Breite des historischen Diskurses hemmte das Ausbleiben dieser autorisierten Parteigeschichte die Forschung zur neueren und neuesten deutschen Geschichte.<sup>44</sup> Doch vor allem auf dem Feld der Geschichte der Arbeiterbewegung trat in den 1980er Jahren eine unüberschaubare Stagnation ein. Laufende Projekte wurden eingefroren; hinter die SED-Geschichte vom Institut für Marxismus-Leninismus reihten sich die von ihr abhängigen Studien anderer Institutionen in die Schlange ein. Doch die längst fälligen Reformen im offiziellen Bild der Parteilgeschichte – vor allem hinsichtlich der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus und auch der Gründung der SED – vermochte die erstarrte SED-Führung in den 1980er Jahren nicht mehr durchzuführen. Zu sehr hätte eine Lockerung dieses Bildes, aus dem sich ihre persönliche Autorität spelste, die Legitimation ihrer Herrschaft untergraben. So verharrte man im Stillstand; die neue SED-Geschichte blieb über Jahre hinweg ein interner Dauerentwurf.<sup>45</sup> Sie blockierte währenddessen die an sie gekoppelten Projekte, wie die GrBA, und verursachte

---

41 „Beachtlich sind Anzahl und Vielfalt der zum Jubiläum erscheinenden Literatur [...]. Deutlich fällt jedoch auf, daß zur Geschichte der Partei [...] für die Öffentlichkeit keine Publikation vorliegen wird. Das ist unseres Erachtens ein schwerwiegender Mangel. Vom Erarbeitungsstand her möglich wäre die Herausgabe der ersten beiden Bände der auf vier Bände angelegten ‚Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung‘. [...] Die Publikation der Bände insgesamt ist aber auf Grund einer früher getroffenen Entscheidung, nach der eine Veröffentlichung erst nach dem Erscheinen der Geschichte der SED in vier Bänden erfolgen sollte, zurückgestellt.“ (Schreiben Hörnig an Hager, 13. Januar 1986, in: SAPMO-BArch, Büro Hager, vorl. SED 38791.)

42 Ebenda.

43 Da liegt er übrigens heute noch: LA, C-Rep 902 (E) 391–400.

44 Vgl. Petzold, Parteinahme wofür?, S. 272 und 282ff.

45 Ebenda, S. 283.

somit das institutionelle Patt, das die Parteigeschichtsschreibung in der späten DDR kennzeichnete.

### III. Lust und Unlust der Ostberliner Parteihistoriker

Nicht nur die Kopplung an die zentrale Darstellung des IML verursachte Probleme beim Schreiben der „Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung“. Mindestens ebenso wichtig war der Wandel der individuellen Forschungshaltung vieler Autoren. Denn die Folgen des „Reformstaus“ in der späten DDR-Historiographie brachte manch einen parteiergebenen SED-Historiker zur Verzweiflung und Resignation, gehörte es doch zur unbequemen Normalität im GrBA-Kollektiv, daß allerlei Textvorlagen, „Feindispositionen“, Kapitelentwürfe, Erst-, Zweit- und Drittfassungen von den Herausgebern und Gutachtern so lange zurückgewiesen wurden, bis „abgesicherte“ Kenntnisse aus dem IML vorlagen. Daß Kapitelautoren immer öfter ob ihrer niedrigen Produktivität gerügt wurden, hat mit Widerstand oder Dissidententum nicht viel zu tun. Schließlich waren die Historiker im Kollektiv ehrenamtlich tätig, es herrschte das Prinzip freiwilliger Übereinkunft: Keinerlei Gewissensbeschwerden hinderten die Kapitelautoren daran, ihre Freizeit der Berliner Arbeiterbewegung zu widmen.

Die offensichtliche Unproduktivität wurzelte vielmehr in quälender Demotivation. Denn immer wieder findet sich in den Akten die Einschätzung, daß ein neu bearbeiteter Kapitelentwurf „zwar Fortschritte“ aufwies, zugleich aber noch nicht die „erforderliche Reife“ erreicht habe. Durch diesen chronischen Stillstand sank die Arbeitsatmosphäre im Kollektiv auf den Tiefpunkt und war geprägt von Frustration und Resignation. Diese innere Erosion führte schon sehr früh zu persönlichen Blockaden bei den Autoren. In den überlieferten Akten kommen diese Probleme kaum direkt zum Ausdruck. Aber Protokollnotizen wie etwa: man sollte „deutlicher sagen, was uns hemmt“<sup>46</sup> und „Terminüberschreitungen sind zum Teil ein ideologisches Problem bei den Autoren“<sup>47</sup> weisen auf Unstimmigkeiten hin, die offiziell nicht existierten.

Daß Motivationsprobleme in der Parteigeschichtsschreibung der späten DDR punktuell zu den größten Hindernissen werden konnten, kann anhand

---

46 Protokoll der Leitungssitzung am 5. November 1979, in: I.A, C-Rep 902 (D) 633/1.

47 Protokoll der Leitungssitzung am 1. Juni 1981, in: C-Rep 902 (E) 383. Ähnlich: „Das Herausgeberkollektiv und die Leitung der Bezirkskommission (müssen) die politisch-ideologische Arbeit mit dem Autorenkollektiv verstärken. Dabei ist es notwendig, einzelnen Autoren zu helfen, ihre eigene Haltung zum Projekt weiter zu qualifizieren.“ („Referat“ am 9. Juli 1981, S. 12.)

zweier Beispiele verdeutlicht werden. Erstens führte die Überarbeitungsmüdigkeit dazu, daß sich etwa die Autoren gegen die Forderungen eines Gutachters zu Wehr setzten, nicht weil sie mit seinen Anregungen nicht einverstanden waren, sondern weil sie eine neue Runde des Überarbeitens einfach nicht mehr verkraften konnten. Das war der Fall im November 1984, als das Manuskript des zweiten Bandes (1917–1945) nach der zweiten Begutachtung aus dem IML zurückkam. Obwohl der Gutachter Walter Wimmer nun durchaus zufrieden war, fügte er erneut 15 Seiten mit Verbesserungen hinzu. Verärgert mußten die Autoren feststellen, daß einige Bemerkungen nunmehr in starkem Widerspruch zum ersten (60-Seiten-) Gutachten vom Juli 1983 standen. Schlimmer als dieses ständige Hin und Her mußte es aber noch gewesen sein, daß sich Wimmer jetzt eine umfangreiche Revision des Bildes von der Berliner Sozialdemokratie wünschte. Die „übertriebene Zurückhaltung“ in der Darstellung der reformistischen Arbeiterbewegung verschleierte den Blick auf die „Aktionseinheit“ und auf die Traditionen, „die kämpferische Sozialdemokraten und Gewerkschaftler in die Geschichte unserer Partei einbrachten.“ Außerdem führe sie „zu schiefen Vorstellungen vom Einfluß und von den Potenzen der revolutionären Partei“. Deswegen empfahl Wimmer „eine Versachlichung der Polemik gegen rechte sozialdemokratische Führer“ und umfangreiche „Ergänzungen“ in der Darstellung der SPD.<sup>48</sup>

Die vorsichtige Revision war neu und tat „der historischen Wahrheit“ diesmal wirklich recht; an sich wären viele der GrBA-Autoren gern bereit gewesen, sie mitzutragen.<sup>49</sup> Aber gerade die genauen Umstände verhinderten es hier, daß die Anweisungen des IML in der Geschichtskommission auf fruchtbaren Boden fielen. Das Manuskript befand sich in allerletzter Überarbeitungsphase und sollte möglichst bald vom Sekretariat der Bezirksleitung abgesegnet werden. Und gerade zu diesem Zeitpunkt kam Wimmer mit Grundsatzbemerkungen, die der ganzen Konzeption den Boden entzogen. Dies ging jenen Autoren, die zum Teil schon über 15 Jahre am Manuskript gearbeitet hatten, zu weit. Empört wiesen sie die Forderungen zurück.<sup>50</sup>

48 Wimmer, Gutachten zu Band 2, 20. November 1984, S. 3-4.

49 Beispielsweise hatte der Bandredakteur Ingo Materna nur einen Monat zuvor an ganz anderer Stelle beklagt, daß „ein besonderes Kapitel, die notwendige Erforschung der reformistischen Arbeiterbewegung“ immer noch offen stand. (I. Materna, Aufgaben und Problemen bei der Erforschung der Berlin-Brandenburgischen Territorialgeschichte und ihrer Propagierung in: Kolloquium zur Regionalgeschichte. Vorträge des am 24. Oktober 1984 in Potsdam anläßlich der „Archivwoche der DDR“ veranstalteten Kolloquiums des Staatsarchivs Potsdam [Potsdam, 1985], S. 60-82, hier S. 66).

50 „Vom Gutachten (wird) offenbar der Gegenstand breiter gesehen als er in der Konzeption angelegt ist. Unser Ziel ist es, die Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiter-

Hier konnten die Autoren eine erneute Zurückweisung ihrer Arbeit schließlich abwehren. Der Band 2 wurde im Mai 1985 freigegeben. So glimpflich kam der Band 3 (1945–1961) nicht davon, dessen Schicksal ein zweites Beispiel für die Demütigungen und Frustrationen bietet, denen die Autoren ausgesetzt wurden. Die Kapitel 1945–1949 von Guido Graehn bildeten das größte Problem. Seine Textentwürfe wurden wiederholt vom Herausgeberkollegium abgelehnt, wie hier bereits im Mai 1981:

„Wir sind nach wie vor dafür, daß Gen. G. Graehn das Kapitel [...] überarbeitet, und wir hoffen, daß er nicht nur deshalb resigniert, weil die Leitung der Kommission bei der Vorlage seines Manuskriptes entschieden hat, daß die erreichten Fortschritte noch nicht zur Weiterleitung des Kapitels an das Sekretariat ausreichen. Vor solchen Situationen haben doch auch schon andere Kapitelautoren gestanden und wird in Zukunft gewiß noch dieser oder jener Autor stehen, der eine besonders komplizierte Periode der Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung darzustellen hat. Da kann es nur heißen: Eine weitere Überarbeitung des Manuskriptes vornehmen.“<sup>51</sup>

Graehn war hierzu offenbar nur noch mit Widerwillen bereit. Im Juni 1983 – zwei Jahre später – tagte das Bandkollektiv. Die Autoren sollten ihre Kapitel daraufhin wieder bearbeiten und im Dezember dem Bandredakteur Gerhard Keiderling (Zentralinstitut für Geschichte) übergeben, der sie schließlich noch redaktionell überarbeiten mußte, bevor das Manuskript spätestens im März 1984 zur Begutachtung ins IML konnte. Sichtbar verärgert berichtete Keiderling aber in April 1984, daß Graehn seinen Text viel zu spät eingereicht und „faktisch nichts daran gemacht“ habe: „Im Grunde habe ich den Teil 1945–1949 neu geschrieben unter Einarbeitung von neuem Quellenmaterial.“<sup>52</sup> Wie sehr Graehn von Apathie ergriffen worden war, veranschaulicht Keiderlings vernichtender und detaillierter Bericht: Das

„Hauptproblem bestand darin, daß der Vf. keine Überarbeitung des Kapitels auf der Grundlage der Klausurtagung vom Juni 1983 vorgenommen und auch nicht früher bereits gegebene Hinweise eingearbeitet hat. Es ist nicht ersichtlich, ob und in welcher Weise der Vf. Anregungen aus Bd. 3 der SED-Geschichte eingearbeitet [hat]. Die Arbeit des Kapitelautors beschränkte sich darauf, innerhalb eines halben Jahres ein paar ‚kosmetische‘ Korrekturen vorzunehmen: einige Kürzungen, noch mehr Zusätze“.

---

bewegung [...] darzustellen, nicht jedoch eine Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung insgesamt zu erarbeiten.“ Es könne jetzt nicht erneut „um eine Erweiterung des Inhalts gehen.“ Die Autoren beharrten auf ihrem Manuskript: „Eine Erweiterung dieses Bildes ist nicht machbar.“ (Kurzprotokoll: Beratung zur Auswertung des Gutachtens zum Band 2 (1917-1945) und zu Problemen der weiteren Arbeit am Band am 5. Dezember 1984, 19. Dezember 1984, in: LA, C-Rep 902 (E) 388.)

51 Bericht des Autorenkollektives über 1980/81, 4. Mai 1981.

52 ZIG-Hausmitteilung Keiderling an die Direktion, 5. Juni 1984, in: ABBAW, ZIG 562.



Graehn habe sich „die Arbeit sehr leicht“ gemacht.<sup>53</sup> Doch die nächste Etappe brachte Keiderling in noch größere Wut, als nach seiner intensiven und eiligen Überarbeitung des Textes herauskam, daß Projektleiter Habedank das Manuskript gar nicht sofort ins IML brachte. Mit viel Gefühl für Dramatik schilderte Keiderling seine Empörung<sup>54</sup>, denn er hätte also „mit mehr Zeit und Ruhe und ohne den Druck der Leitung, den März-Termin unbedingt zu halten, auch intensiver an der Bandfassung arbeiten können.“<sup>55</sup> So waren am Ende alle unzufrieden.

Der dritte Band der GrBA wurde schließlich zum Albtraum. Nie wurde das endlos überarbeitete Gesamtmanuskript freigegeben, immer wieder waren weitere Korrekturen vonnöten. Auch 1987 blieb es ungedruckt und noch 1988 lief die Arbeit weiter; der Leidensweg nahm bis zum Mauerfall kein Ende. Am 9. Juni 1988 hatte „von 8.00-22.00 Uhr“ (!) eine neue Kollektivdiskussion über den Band stattgefunden.<sup>56</sup> In diesen Zeiten des raschen Legitimationsverlustes der DDR und wachsender gesellschaftlicher Opposition gerieten die Autoren zunehmend in Orientierungsnot. Festigkeit wurde beim Parteiinstitut gesucht: „Ohne Gutachten vom IML werden wir die Genossen schwer zur Weiterarbeit an den Kapiteln bewegen können.“<sup>57</sup>

53 Keiderling, Bericht über Fertigstellung der Bandfassung, o. D. (April/Mai 1984), S. 4 und 5.

54 „Seitens der Leitung des Projektes [...] wurde ich angehalten, die Überarbeitung schnell vorzunehmen, um den Abgabetermin ans IML zu halten. Ohne einen mir [...] zustehenden Arbeitsurlaub in Anspruch zu nehmen und andere Verpflichtungen zu vernachlässigen, habe ich bis 5.3.84 die Gesamtüberarbeitung des Bd. 3 vorgenommen, was nur durch Nacharbeit und Inanspruchnahme der Wochenenden möglich war. [...] Die Leitung des Projektes hat jedoch stillschweigend eine Korrektur der Planung vorgenommen. Die Verteilung der Manuskripte an die Mitglieder des Herausgeberkollektives erfolgte schleppend; einige hatten sie Ende April noch immer nicht.“ (ZIG-Hausmitteilung von Keiderling an die Direktion, 5. Juni 1984).

55 Ebenda.

56 BI.-Hausmitteilung der Geschichtskommission, 29. Juni 1988, in: LA, C-Rep 902 (E) 389.

57 Ebenda. Wie „heiß“ der „Brei“ war, wie verunsichert die Autoren nunmehr über ihre eigene Darstellung waren, wie sehr sie bereit waren, sich vor dem IML zu beugen, um ihren Band doch veröffentlichen zu dürfen, und wie sehr sich also (jetzt erst!) die Regeln des DDR-Geschichtsdiskurses auch in der Bezirksgeschichtskommission auflösten, zeigt der Problemerkatalog, den das Autorenkollektiv 1988 dem Bezirkssekretär Reginald Grimmer (Propaganda) vorlegte: „Ist die Kompliziertheit des Vereinigungsprozesses in Berlin überzeugend dargestellt? Stimmen die Einschätzungen zur SPD 1945/46 mit denen in SED-Geschichte, Band 3, überein? Wie sollen Auswirkungen des Personenkults um Stalin, von dem im Zusammenhang mit dem XX. Parteitag der KPdSU die Rede ist, in den Kapiteln 4 und 6 behandelt werden? Ist die Vorgeschichte des 17. Juni 1953 überzeugend dargestellt? Stimmen die Aussagen und Beispiele (Aufbauverlag, W. Harich u.a.) für das Auftreten revisionistischer Kräfte 1956 mit der SED-Geschichte überein?“ (Ebenda).

Doch das IML blieb bei seiner Entscheidung, daß erst das eigene Projekt vollendet werden sollte.<sup>58</sup> Aus Ratlosigkeit richtete schließlich der Kommissionsvorsitzende Loesdau das Wort an den direkten Chef, den Ersten Bezirksekretär Berlins und Politbüromitglied Günter Schabowski, um das Patt zu durchbrechen. Doch nach Darlegung einer Vielzahl guter und weniger guter Gründe („vom Mißmut und der Enttäuschung im Autorenkollektiv aller vier Bände ganz abgesehen“) blieb auch dieser Notruf ohne Erfolg.<sup>59</sup>

Die Motive für die Haltung des IML sind auf Aktenbasis bisher noch nicht erforscht. Es scheint wahrscheinlich, daß am Ende auch im Parteiinstitut ein internes Umdenken startete. Zeitzeugen erinnern sich, daß das IML etwa 1988 „auch bereits aufgehört hatte, ein monolithischer Block zu sein“.<sup>60</sup> Die Haltung des IML zum fertiggestellten dritten Band der „Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung“ war ab 1985 jedenfalls von Zurückweisungen und passivem Abwarten gekennzeichnet. Inhaltlich bezog es keine konstruktive Position mehr. Es scheint, daß auch das Parteiinstitut auf neue Orientierung von oben warten mußte – oder daß hierüber innerhalb des IML zumindest unterschiedliche Meinungen bestanden.

Das GrBA-Manuskript 1945–1965 starb 1989 einen sanften Tod. Nach weiteren Tagungen und Diskussionen „zum Stand der Arbeit“ konnten die Autoren erst in der Wendezeit ihre Meinung frei zum Ausdruck bringen. Am 31. Oktober 1989, zwischen Honeckers Sturz und Mauerfall, bat der Kapitelautor Peter Hübner (ZIG, Abschnitte 1955–1961) bei Habedank darum, daß er als Mitglied des Autorenkollektives „entpflichtet“ werde:

„Im Hinblick auf die aktuelle Entwicklung unserer Gesellschaft und die zu erwartenden Anforderungen an die Geschichtswissenschaft kann ich es nicht beantworten, die Kapitel 6 und 7 unter meinem Namen zu veröffentlichen.“

Für seinen Rücktritt nannte Hübner noch einen zweiten Grund, der auf längere Unzufriedenheit und Mißmut bei den Autoren hinweist:

58 „Genosse Benser [IML] ist bereit, eine Vermittlung unserer jüngsten Erkenntnisse an Euer Herausgeber- und Autorenkollektiv vorzunehmen. Dies ist jedoch erst sinnvoll, nachdem das gesamte Manuskript des Bandes 3 [der SED-Geschichte, KT] in der vom Genossen Kurt Hager geleiteten Kommission diskutiert worden ist“. (Schreiben Dichtl an Grimmer, 11.12.87, in: LA, C-Rep 902 (E) 389, Hervorhebung im Original.)

59 Und „für diesen Situation haben wir als Geschichtskommission und vor allem die Autoren nur wenig Verständnis“. (Schreiben Loesdau an Schabowski, 22.8.88, in: LA, C-Rep 902 (E), 386.)

60 J. Petzold, Politischer Auftrag und wissenschaftliche Verantwortung“, in: K. H. Pohl (Hrsg.), Historiker in der DDR, Göttingen 1997, S. 94–112, hier S. 99.

„Du wirst Dich erinnern, daß ich auf der Autorenberatung am Beginn dieses Jahres große Bedenken vorgetragen habe, die Kapitel 6 und 7 [...] einer erneuten Bearbeitung zu unterziehen. Nach etwa fünfzehnjähriger Entstehungs- bzw. Liegezeit und wiederholten Bearbeitungsversuchen schien mir das Manuskript in einen so fatalen Zustand geraten zu sein, daß ein Ausweg nur in der völligen Neufassung beider Kapitel bestehen konnte.“<sup>61</sup>

Hier brachte Hübner zweifellos die Haltung mehrerer Autoren zum Ausdruck, die während der Arbeit an der GrBA zunehmend durch Frustration und Resignation gekennzeichnet war. Der hier beschriebene Zustand läßt sich wie eine *innere Erosion* verstehen. Diese schritt seit längerer Zeit unterschwellig voran, sie wurde in der Berliner Bezirksgeschichtskommission direkt durch den forcierten Stillstand stimuliert, den die Kopplung an die ausbleibende „SED-Geschichte“ bewirkte, bevor sie hier erst nach 1987 in offenen Verfall mündete. Die innere Erosion bildete eine entscheidende Eigenschaft der späten DDR-Geschichtswissenschaft – jedenfalls auf den Themenfeldern, die sich, wie die Partei- oder Zeitgeschichte, nicht oder kaum reformfähig zeigten.

#### IV. Innere Erosion und äußere Kontinuität

Das oben vorgestellte Fallbeispiel der Berliner Parteigeschichtsschreibung macht eine widersprüchliche Situation der DDR-Parteigeschichtsschreibung nach der Mitte der 1970er Jahre einsichtlich, die man dialektisch beschreiben könnte: Einerseits ist eine äußerliche Kontinuität zu beobachten, die u. a. in fortwährender institutioneller Einbindung der Historiker im Geschichtsdiskurs liegt. Andererseits wird eine innere Erosion sichtbar, die sich eher auf subkutaner Ebene vollzieht und in Unproduktivität und Resignation der Autoren zum Ausdruck kommt. Im allgemeinen, so kommt Wolfgang Küttler diesem Ergebnis am nächsten, „schwand bei äußerer Kontinuität doch die innere Akzeptanz der Regeln und Normen des SED-Herrschaftsdiskurses“.<sup>62</sup>

Zunächst bietet das Modell des „historischen Herrschaftsdiskurses“, das Martin Sabrow zur Erfassung der frühen DDR-Historiographie entwickelt hat, in der Tat einen sinnvollen Ausgangspunkt zur Verdeutlichung der Gleichzeitigkeit von innerer Erosion und äußerer Kontinuität. Zwar scheint dieses Modell trotz seiner vielen Versatzstücke und Modifikationen zu statisch, um ebenso die differenzierte Entwicklung der DDR-Geschichts-

61 Schreiben Hübner an Habedank, 31. Oktober 1989, in: ABBAW, ZIG 262.

62 W. Küttler, Die DDR-Historiographie in der „Ökumene der Historiker“. Selbstverständnis und Praxis als Wissenschaftsdisziplin“ in: Iggers u. a. (Hrsg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft (Anm. 2), S. 107-130, hier S. 125.

wissenschaft in der zweiten Hälfte ihrer Existenz zu erfassen, aber gerade deswegen eignet es sich, um essentielle Kontinuitäten herauszuarbeiten. Diese Kontinuitäten sieht Sabrow auf der Ebene des instrumentellen Charakters der DDR-Geschichtswissenschaft: „Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß im Selbstverständnis der instrumentellen Geschichtswissenschaft der Politisierungsgrad im Zuge ihrer wissenschaftlichen Entfaltung gesunken wäre, wie die These der Verwissenschaftlichung der DDR-Geschichtswissenschaft annimmt.“<sup>63</sup> Allerdings „verblaßte“ der Diskurs im Laufe der 1970er Jahre, so Sabrow; diese Zeit sei von „fließenden Grenzen des Diskurses“ gekennzeichnet, bis etwa ab 1985 eine offene Erosion eingesetzt habe.<sup>64</sup>

Doch eine genauere Analyse unseres Fallbeispiels weist auf, daß zumindest auf dem Feld der Parteigeschichtsschreibung von einer „Verblässung“ des Diskurses in der späteren DDR nicht die Rede sein kann, wenn mit „Verblässung“ seine schwindende Geltungskraft – „fließende Grenzen“ – gemeint sind. *Gültig* waren die alten Kategorien und Diskursstrukturen im GrBA-Kollektiv bis zum Schluß allemal. Aber wegen der auftretenden Widersprüche in der späteren DDR-Gesellschaft im allgemeinen und in der Historiographie im besonderen mußten die alten Dogmen und Denkrezepte auf Dauer an Schlagfertigkeit, Verführungskraft und Glaubwürdigkeit einbüßen. Eine lange Kontinuität bestimmte jedoch die äußere Verfaßtheit des diskursiven Feldes in der Berliner Bezirksgeschichtskommission.

Denn es ist erstaunlich, in welchem Ausmaß hier Begriffe verwendet werden, die in anderen Sektoren der DDR-Historiographie ihre Stoßkraft längst verloren hatten. Formeln wie „Parteilichkeit“ und „Faktologie“, verabsolutierte Vorstellungen von „richtig“ und „falsch“ und Verschmelzungen von „politischer Verantwortung“ und „Wissenschaftlichkeit“ – kurz: jene normierten Deutungsmuster, die dem „historischen Herrschaftsdiskurs“ seine Identität gaben, konnten im Notfall wie früher gegen vermeintliche Fehlinterpretationen in Stellung gebracht werden – und *wurden* das auch. Als Beispiel sei hier der Autor Günther Wehner (Kapitel 1933–1945) angeführt, der sich 1983 im Wald von Korrekturen, Neuinterpretationen und wechselnden Linien verlaufen hatte. Die IML-Gutachterin Luise Kraushaar zeigte sich wachsam:

63 M. Sabrow, Parteiliches Wissenschaftsideal und historische Forschungspraxis. Überlegungen zum Akademie-Institut für Geschichte (1956–1989), in: ders./P. Th. Walther (Hrsg.), *Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR*, Leipzig 1995, S. 195–225, hier 201.

64 Vgl. Sabrow, „Beherrschte Normalwissenschaft (Anm. 9)“, S. 444; ders., „Die DDR-Geschichtswissenschaft und ihr ‚objektiver Gegner‘“, in: Iggers u. a. (Hrsg.), *Die DDR-Geschichtswissenschaft (Anm. 2)*, S. 53–92, hier S. 76ff.

„Das Material stützt sich häufig auf Forschungsergebnisse, die vor 10 bis 15 Jahren veröffentlicht wurden, aber in Veröffentlichungen der Jahre 1981 und 1982 korrigiert wurden.“<sup>65</sup>

(Dabei hatte Wehner in seinem Kapitel übrigens *inhaltlich* eher über- als untertrieben.<sup>66</sup>) Kraushaar mußte sich sogar von eigenen überholten Arbeiten distanzieren, um den ungewollten Abwechler auf seine Fehler hinzuweisen:

„Der Autor stützt sich restlos auf die Darstellung von Biernat/Kraushaar aus dem Jahre 1970. Inzwischen liegen völlig davon abweichende Einschätzungen von der Tätigkeit und Wirksamkeit der Antifaschisten (vor) [...]. In diese Richtung muß der Autor des Kapitels 6 umarbeiten.“

Zudem habe Wehner es sogar gewagt, seinem Text „auch eigene Gedanken oder vielleicht auch Forschungsergebnisse“ hinzuzufügen, meldete Kraushaar mißbilligend.<sup>67</sup> Und über die für die DDR typische Kritik hinaus, daß seine historische Darstellung nicht aktuell genug wäre, hatte Wehner sich, laut Gutachten, auch noch der Gefahr des „Objektivismus“ ausgesetzt, als er in seinem Kapitel zwar die notwendigen Fakten präsentierte, aber nicht den richtigen parteilichen Zusammenhang. Durch eine solche Methode sei Wehner „nicht zu den richtigen Schlußfolgerungen“ gekommen.<sup>68</sup>

Dieses „Parteilichkeitsargument“ war die eigentliche Brechstange. Seit den Revisionismusdebatten um Jürgen Kuczynski 1957/58 wußte jeder Historiker der DDR, daß man bei diesem Vorwurf nur noch einlenken konnte.<sup>69</sup> Das galt 1983 unvermindert und auch für Wehner, der die Kritik akzeptierte und zwei Jahre später (!) ein überarbeitetes Kapitel (1939–1945)

65 L. Kraushaar, Bemerkungen zu Kapitel 6 (1939–1945), Juni 1983, S. 1.

66 „Bei dem ständigen ‚in die Breite Wachsen der KPD‘ wundert man sich, daß sie das Hitlerregime nicht gestürzt hat. [...] Die Hälfte der Seite ist gefüllt mit Beteuerungen, wie unermüdlich und konspirativ die KPD bis Sommer 1944 arbeitete.“ „Wauum heißt es ständig [...] ‚Das ZK verstärkte seine Tätigkeit‘, ‚die Leitung verstärkte ihre Bemühungen‘ – so an vielen Stellen seit Kriegsbeginn. Unwillkürlich drängt sich dem Leser infolge des schlechten Stils der Eindruck auf, daß die Funktionäre vorher recht lahm gearbeitet haben, wenn sie so oft und immer wieder ihre Bemühungen steigern können.“ (Ebenda, S. 18 und 19).

67 Ebenda, S. 4.

68 „Man muß als Gutachter annehmen, daß der Autor brandeifige Termine zur Fertigstellung erhicht, und ihm darum nichts anderes übrig blieb, als aufzuschreiben was wohl alles in das Kapitel hingehöre. Er pickte hier und da ein wenig in Quellen herum, nahm hier was auf, nahm da was auf, ohne die Zeit zu haben, das hier Niedergelegte zu Ende zu lesen.“ (Ebenda, S. 1).

69 Vgl. H. Haun, Kommunist und „Revisionist“. Die SED-Kampagne gegen Jürgen Kuczynski (1956–1957), Dresden 1999 [=Berichte und Studien des HAID Nr. 21] mit weiterer Literatur.

vorlegte, das nunmehr für seine Parteilichkeit gelobt wurde.<sup>70</sup> Aber noch darüber hinaus ist es bezeichnend, daß der Begriff nur in Unterlagen aus dem IML explizit verwendet wird. In keinem der selbstproduzierten Dokumente der GrBA-Autoren taucht die „Parteilichkeit“ auf, weder in Sitzungsprotokollen noch in Forschungsberichten oder Arbeitskonzeptionen. Die Autoren waren in diesem Falle nicht kollektiv einer verinnerlichten und selbstgesteuerten Diskurshegemonie unterlegen, und auch keinen „dem individuellen Bewußtsein vorgelagerten Bedingungen historischen Denkens“<sup>71</sup>, sondern dem greifbaren und sicherlich auch diskursiv analysierbaren Zwang von Außen. Zwar bewegten sie sich, wenn man so will, *auf dem Feld* eines DDR-Geschichtsdiskurses, aber über konkrete *Historiker*, ihre Haltung und ihr *individuelles* Selbstverständnis ist damit nichts zwingendes gesagt. Es ist die alte Frage von den objektiven Strukturen und dem subjektiven Handeln, die hier offen bleibt.<sup>72</sup>

Jedenfalls, und das ist zunächst wichtig festzuhalten, behielt im Notfall das gesamte tradierte Regelwerk der DDR-Historiographie im GrBA-Kollektiv trotz innerer Erosion seine formale Gültigkeit. Hier läßt sich eine äußere Kontinuität beobachten, die zumindest in der Parteigeschichtsschreibung von den frühen 1950er Jahren bis weit in die 1980er Jahre hinein reichte. Denn nicht nur im Falle Wehners bediente sich das IML des bekannten Instrumentariums, auch die Autoren des GrBA-Bandes 1 mußten noch 1986 mit der Kritik leben, daß ihr Manuskript „nicht frei von faktologischen Zügen“ war.<sup>73</sup> Ebenso hatte die programmatische „Einheit von Politik und Wissenschaft“ im Gehäuse der Bezirksleitung – selbstverständlich mehr als in den „staatlichen“ Instituten der Universität oder Akademie – eine sehr praktische Bedeutung. Denn neben der Zunnutung, daß Autoren der Parteigeschichte nach jedem Parteitag oder ZK-Plenum ihre Kapitel überarbeiten mußten<sup>74</sup>, wurden „zur Sicherung eines hohen politischen Ni-

70 „Das Kapitel ist so angelegt, daß es durch parteiliche Darstellung der Ereignisse und Kämpfe gängige Grundthesen der bürgerlichen und reformistischen Geschichtsschreibung über die Tätigkeit der Kommunisten und über die Befreier widerlegt.“ (Habedank, Stellungnahme zu Günther Wehner, o. D. (Februar 1985), in: LA, C-Rep 902 (F) 388.)

71 Sabrow, *Beherrschte Normalwissenschaft* (Anm. 9), S. 421.

72 Eben dies ist es, was an der Theorie des Herrschaftsdiskurses irritiert: Sie geht wie eine herkömmliche Mentalitäts- oder Strukturgeschichte am historischen Subjekt vorbei. Denn der von Sabrow verwandte Diskursbegriff „faßt die Menschen weniger als Subjekte denn als Objekte, nicht als Schöpfer, sondern als Geschöpfe ihrer Redeweisen.“ (Sabrow, *Geschichte als Herrschaftsdiskurs* [Anm. 11], S. 15).

73 Laschitzka, *Gutachten zu Band 1*, S. 2 und 3.

74 Als Beispiel seien die Folgen des X. Parteitags 1981 gewählt. Honecker ging hier auf Friedenskurs. Die neue Aufgabe des Kollektivs war es jetzt, zu „zeigen“, daß Sozialismus und Frieden „wesensgleich“ sind und deshalb schon immer waren. Es müßte nunmehr „die Kontinuität der Friedenspolitik der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung

veaus der Bände III und IV [...] zu geeigneten Zeitpunkten Problemdiskussionen“ mit dem Abteilungsleiter für Propaganda und Agitation durchgeführt.<sup>75</sup> Normative Kraft kam in diesem Umfeld schließlich bis zum Ende auch dem Feindbild zu: Defizite in der Widerlegung feindlicher Thesen waren auch 1984 noch ein Anlaß für die Zurückweisung eines Bandmanuskriptes.<sup>76</sup>

Doch der Status dieser vor allem vom IML streng gehandhabten Diskursstrukturen wurde ernsthaft dadurch untergraben, daß sie parallel dazu, in anderen Sektoren der DDR-Historiographie ihre prägende Wirkung allmählich verloren. Draußen wüteten seit 1978 die Differenzierungsdebatten um „Erbe und Tradition“. Führende DDR-Historiker saßen später mit den Kollegen aus dem Westen an einem Tisch und übten Verantwortungsgemeinschaft und Dialog mit jenen „Gegnern“, deren „Lügen“ laut dem Konzept dieser GrBA entschiedenst widerlegt werden sollten. Die Mitglieder der Bezirksgeschichtskommission waren *nota bene* selbst zum größten Teil hauptberuflich an Akademieinstituten oder an Universitäten tätig. Die Entspannungs-, Differenzierungs- und Verwissenschaftlichungstendenzen der 1980er Jahre kannten sie aus eigener Erfahrung – ob sie diese nun unterstützten oder nicht. Auch wenn heute mit Recht die Widersprüche und die realen Begrenzungen dieser Entwicklungen betont werden – nach der zeitgenössischen Erfahrung mancher DDR-Historiker hatte sich hier etwas bewegt, und das wirkte motivierend.<sup>77</sup> In den Berliner Bezirkskommission mußte man sich jedoch einem streng gewährten Diskurszwang weiterhin

---

so überzeugend wie nur irgend möglich sichtbar gemacht werden. Denn Angesichts der zentralen Bedeutung, die dem Kampf für den Frieden in der Gegenwart zukommt, muß auch [...] vom Ringen der Kommunisten um den Frieden ein reicheres vielgestaltigeres Bild nachgezeichnet werden.“ Es ginge jetzt „darum, noch überzeugender herauszuarbeiten, daß die Kommunisten die einzig konsequenten Friedenskämpfer waren [...]. Der Klassenkampf, den die Berliner Arbeiter mit den Kommunisten an der Spitze gegen die herrschende Ausbeuterklasse und gegen den Faschismus führten, war Friedenskampf.“ (Referat vor dem Problemrat, 9. Juli 1981, S. 10 und 11).

75 Protokoll der Beratung zu Fragen und Problemen der Arbeit am Z-Projekt am 4. Januar 1984.

76 „Die Polemik im Zusammenhang mit der Sozialfaschismus-These oder vielmehr ihre Ausnutzung durch antikommunistische Ideologen ist jedoch nicht gelungen [...]. Die übrigen Stellen sollten sprachlich besonders sorgfältig bearbeitet werden, um ein Maximum an Überzeugungskraft zu erreichen, den politischen Zweck der gegnerischen Lügen möglichst deutlich anzuprangern und jede Banalität in unserer Argumentation zu vermeiden.“ (Wimmer, Gutachten zum Manuskript des 2. Bandes, 20. November 1984, S. 3).

77 Auch wenn sie nicht alle teilten: Die Begeisterung unter DDR-Historikern für die erweiterte Erbedebatte ist hinlänglich bekannt. Auch im Westen staunte manche Beobachter. Vgl. zum Beispiel: J. Kuppe, Die Geschichtsschreibung der SED im Umbruch“, Deutschland Archiv 18 (1985), 3, 278-294.

beugen. Dies führte letztendlich dazu, daß das Unterfangen der GrBA isoliert und anachronistisch auf den Historiker wirken mußte, der auf anderen Themenfeldern mehr Offenheit – oder wenigstens mehr Dynamik – gewöhnt war. Denn etwa zur gleichen Zeit, als 1981 Helga Schultz ihren Institutskollegen an der Akademie das Konzept für ihre beeindruckende Sozialgeschichte Berlins (1650–1800) vorstellte und sich darin offen an den bürgerlich-westlichen Geschichtswissenschaften orientierte<sup>78</sup>, sollten sich einige dieser Kollegen in der Bezirksgeschichtskommission mit ihrer Berliner Arbeiterbewegung „gegen die antikommunistischen, antisowjetischen, nationalistischen und rassistischen als auch gegen die opportunistischen und revisionistischen Konzeptionen (richten), mit denen die bürgerliche Geschichtsschreibung der BRD in die DDR einzudringen versucht.“<sup>79</sup>

Nicht selten tat sich eine solche Kluft zwischen verschiedenen Arbeitsfeldern bei einem einzelnen Historiker auf, wie hier im Falle von Wolfgang Schröder, dem „verantwortlichen Redakteur“ des *Jahrbuchs für Geschichte*, der nebenbei den ersten Band der „Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung“ herausgab und zwei Kapitel beisteuerte. Die gefürchteten Gutachten, die er für seinen Band vom IML einholte, sind mit denen aus dem Archiv des *Jahrbuchs* unvergleichbar, letztere lesen sich fast ausnahmslos wie zustimmende Rezensionen.<sup>80</sup> Wo das *Jahrbuch* offensichtlich unter weitreichender Selbstverantwortung und in guter Zu-

---

78 In ihrer Forschungskonzeption (1981) erklärte sie sich zum Ziel, die „in der internationalen sozialgeschichtlichen Forschung erarbeitete[n] neue[n] Methoden erstmals bei uns anzuwenden, dabei geht es vor allem um die demographische Auswertung von Massenquellen der vorstatistischen Zeit mit Hilfe der EDV. [...] Es ist also notwendig, die von französischen, anglo-amerikanischen und BRD-Historikern entwickelten Methoden unseren marxistischen Fragestellungen dienstbar zu machen“. (Schreiben Schultz an Heinz Heitzer, 26. Januar 1981, Anlage: Konzeption zur Sozialgeschichte Berlins im 17. und 18. Jahrhundert, o. D. [Januar 1981], S. 5, in: ABBAW, ZIG 561.) Nach 1989: „Meine Forschungen zur Sozialgeschichte Berlins standen [...] von Anfang an unter dem Eindruck der neuen westlichen Sozialgeschichtsforschung.“ (Schultz, Ansätze zur Geschichte des sozialen Wandels in der DDR in: Iggers, Ein anderer historischer Blick [Anm. 12], S. 128–138, hier 130.)

79 Habedank, Konzeption, November 1980, S. 5.

80 So z. B. das inhaltslose und trotzdem zehnteitige Gesamtgutachten zum Berlin-Band des JbG (1987) in: ABBAW, AV 3462. Entsprechend meinte Schröder 1993 gegenüber Hartmut Mehls (ehemals ZIG, übrigens auch GrBA-Autor, Kap. 1961–1963), „daß die Gutachten zu verschiedenen Artikeln mit Vorsicht zu gebrauchen seien, weil sich in ihnen die Redaktion des Jahrbuches gegenüber dem Staats- und SED-Apparat selbst die politische Unbedenklichkeit und den wissenschaftlichen Wert der Beiträge bescheinigt habe.“ (H. Mehls, Reformwille und Parteiräson. Zur Frage widerständigen Verhaltens am Akademie-Institut für Geschichte, in: Sabrow/Walther, Historische Forschung [Anm. 63], S. 226–243, hier 241.)



sammenarbeit mit benachbarten Institutionen zustande kam<sup>81</sup>, unterlag der GrBA-Band 1 bis 1986 der eifrigsten Wachsamkeit des IML. Hier herrschte Konsenszwang auf allen Ebenen, nur intern konnte dem Parteinstitut nach jahrelangem Tauziehen die – übrigens sehr auffällige – Schlußbemerkung abgerungen werden, daß es „in einige(n) wichtige(n) Aspekte(n) einzelner Teilgutachten (...) unterschiedliche Meinungen unter den marxistische-leninistischen Historikern gibt.“<sup>82</sup>

Ähnlich wie Schröder mußte etwa auch Ingo Materna, Mitherausgeber der GrBA, solche Gegensätze zu spüren bekommen. Wo er in seiner Tätigkeit als Lehrstuhlinhaber an der Humboldt-Universität im Oktober 1984 für mehr Offenheit in der Darstellung der (Berliner) Sozialdemokratie in der Weimarer Republik eintreten konnte, mußte er, wie bereits erwähnt, derartige Forderungen im GrBA-Herausgeberkollegium im November 1984 wieder zurückweisen.<sup>83</sup>

Die restriktive Diskurskontrolle im GrBA-Kollektiv stand in scharfem Kontrast zu den täglichen Arbeitsbedingungen an der Universität oder der Akademie. Denn als derselbe Materna im Frühjahr 1986 eine kleine Quellenedition von Helga Schultz begutachten sollte – und sich darin „lediglich gegen die frühe Benutzung des Begriffs ‚Bourgeoisie‘ (wendete)“ – setzte er mit dem lapidaren Kommentar „(Allerdings wird Dr. Schultz auf ihrer Position mit guten Argumenten beharren)“ den gesamten Sinn des Gutachtenverfahrens außer Kraft.<sup>84</sup> Eine weitere Jubiläumspublikation, sogar aufgenommen in den Zentralen Forschungsplan und im Dietz-Verlag 1987 veröffentlicht, wurde gar nicht mehr begutachtet.<sup>85</sup>

Die Reihe von Beispielen solcher von einzelnen Personen getragenen Gegensätze könnte beliebig erweitert werden. Dieser Riß, dieses Messen mit mehrerlei Maß auf verschiedenen Arbeitsfeldern beraubte ein eher

81 Denn er schrieb dem Verlagslektor locker: „Der Berlin-Band macht Fortschritte. Bisher liegen 7 oder 8 Beiträge vor, die allesamt sehr gut sind [...]. Nach Quellenlage, Niveau und Erkenntnisgewinn können wir uns mit diesen Sachen dicke sehen lassen – wären alle Aufsätze so, würde es ein interessanter und sehr guter Band. Leider fehlen noch profilbestimmende Beiträge [...]. Ich komme mit Liebknecht und der Druck des Kommunistischen Manifestes in Berlin 1866 ins Gedränge, wills aber unbedingt machen; für den Notfall hab ich etwas über die Wohnungsverhältnisse 1871/73 in Petto.“ (Schreiben W. Schröder an Arthur Isatzky, 4. November 1985, in: ABBAW, AV 3462. Vgl. Jahrbuch für Geschichte 35 [1987], übrigens ohne Beitrag von Schröder).

82 „Stellungnahme zur Übergabe des Bandes 1 an das Sekretariat“, 19. September 1986, in: LA, C-Rep 902 (E) 388.

83 Vgl. die Anmerkungen 49 und 50.

84 I. Materna, Gutachten zu Schultz, April 1986, in: ABBAW, AV 3089.

85 So erinnern sich unabhängig voneinander drei der sechs Autoren. (Gespräche mit Prof. Dr. Ingo Materna, 20. Januar 2000; Prof. Dr. Helga Schulz, 25. Januar 2000 und Prof. Dr. Laurenz Demps, 20. April 2000; Tonbände im Besitz d. Vf.). Vgl. I. Materna (Leiter des Autorenkollektivs), Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945, Berlin 1987.

dogmatisch ausgerichtetes Projekt wie die „Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung“ seiner Autorität, verursachte ein internes „Glaubwürdigkeitsproblem“ und vertiefte den „Selbstwiderspruch“ der Historiker – die von Ralf Possekel beschriebenen Erscheinungen bilden in der Tat wesentliche Merkmale der *späteren* DDR-Historiographie.<sup>86</sup> Das Arbeitsklima im GrBA-Autorenkollektiv wurde von solcher Skepsis erschüttert und dies verstärkte wiederum die Skepsis. Doch offen kam sie kaum zum Ausdruck. Die Historiker im Kollektiv waren den zur Normalität gewordenen Spielregeln ihres Geschichtsdiskurses bis zum Untergang der DDR förmlich unterworfen, weil und so lange sie sich auf seinem Boden bewegten. In den produzierten Texten und Berichten, und auch in den beiden publizierten Bänden der GrBA, zeugte nichts von der „inneren Erosion“, die manchem Autor den Mut nahm. Zunehmende Desillusionierung führte zu einer passiven Einstellung, aber nicht zu offenem Widerstand. Erst hinter dieser Fassade äußerlicher Kontinuität vollzog sich auch und gerade in der Parteigeschichtsschreibung seit Mitte der 1970er Jahre die Erosion; Form und Inhalt stimmten nicht mehr überein. Manch ein Historiker bedauerte sein Engagement in der Bezirksgeschichtskommission – mit spürbarem Widerwillen arbeitete man in einem Klima, das nach dem Mief der 1950er Jahre roch, über zehn Jahre an den gleichen Texten.

#### V. Zusammenfassung und Schlußfolgerung: Der Untergang des Herrschaftsdiskurses

Der Aufsatz vertritt die These, daß in der Geschichtswissenschaft der DDR unter der Oberfläche einer äußeren Kontinuität auch und gerade in der Parteigeschichtsschreibung eine innere Erosion schon seit Mitte der 1970er Jahre einsetzte. Die äußere Kontinuität lag hauptsächlich in der institutionellen Einbindung der Historiker und in der restriktiven Sprachwelt diskursiv vermittelter Deutungsmuster und Ordnungskategorien. Doch das Fallbeispiel der Ostberliner Parteigeschichtsschreibung brachte eine wachsende Resignation unter Historikern gegenüber eben dieser Einbindung und diesen Kategorien ans Licht, die auf Skepsis und internen Verfall der normierten Leitbilder schließen läßt.

Nicht zuletzt wurde diese innere Erosion der Parteihistoriographie dadurch erzeugt, daß sich gleichzeitig auf anderen Arbeitsfeldern eine gewisse Entspannung im Geschichtsbild durchsetzte. Diese institutionell und themenspezifisch bedingte Differenzierung in Arbeitsumständen und Offenheit machte eine wesentliche Eigenschaft der späteren DDR-

---

86 Possekel, Der Selbstwiderspruch der DDR-Historiker (Anm. 13).

Geschichtswissenschaft aus, ohne deren Berücksichtigung man den Autoritätsverlust in parteihistorischen Projekten wie der GrBA kaum zu erfassen vermag. Versuche, solche unterschiedlichen Milieus auf einen Nenner zu bringen, eliminieren genau diese begrenzte, aber erfahrungsgeschichtlich sehr bedeutende Heterogenität.

Die stagnierende Parteigeschichtsschreibung war eines von mehreren historiographischen Feldern, und zwar jenes, das bis zum Schluß den offiziellen Kern der DDR-Geschichtswissenschaft und des SED-Selbstbildes ausmachte. Es fällt auf, daß der dem Mauerfall vorausseilende Bankrott in der Parteigeschichtsschreibung nicht zuletzt in diesem Kern des Geschichtsdiskurses lag. Der Reformstau in der „Geschichte der SED“, die Unproduktivität im Autorenkollektiv der „Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung“, die zunehmende Resignation unter SED-Historikern in diesem Milieu und z. B. ein wenig verhülltes Verbot des dritten GrBA-Bandes – das alles deutet nicht auf eine gut funktionierende, innerlich kräftige und breit akzeptierte Vergangenheitsverständigung hin, sondern auf einen vorzeitigen Untergang des historischen Herrschaftsdiskurses.

Die hier skizzierte innere Erosion bei äußerer Kontinuität hat Folgen für den theoretischen Status der Diskurshegemonie. Denn die These, daß die zentralen historiographischen Ansprüche der DDR bei unveränderter Normgeltung häufig an verführerischer Überzeugungskraft verloren, stellt aufs neue die Frage nach der Art von mentaler „Einbindung“ der Historiker in den DDR-Geschichtsdiskurs. Es scheint jedenfalls zweifelhaft, ob auch in der Zeit nach 1970 das künstlich kontrollierte Regelwerk eines „historischen Herrschaftsdiskurses“ das Denken der Historiker auf vorgedanklicher oder vorbewußter Ebene beherrschen konnte, wie „die unsichtbaren Mauern des Diskursgefängnisses“ oder „die nicht hinterfragbaren Einschreibungen der verordneten Verständigung über die Vergangenheit“.<sup>87</sup> Vielmehr ist die Diskurshegemonie wenigstens für die spätere Zeit *außerhalb* der individuellen Person des Historikers zu lokalisieren, wenn auch sein Denken den diskurseigenen Kategorien weitgehend verpflichtet sein konnten. Doch diese Deutungsstrukturen haften dem diskursiven Feld und nicht dem Denken des Historikers an, so daß eine individuelle, gedankliche und zunehmend skeptische Emanzipation bei gleichbleibender Partizipation im fachlichen Diskurs analytisch erfaßbar wird. Diskursanalyse allein bleibt Strukturgeschichte, die Fragen nach individuellen Handlungs- und Denkräumen offenläßt. Sie sollte gleichsam um subjektive, vielleicht auch biographisch ausgerichtete Dimensionen erweitert werden.

---

87 Sabrow, Beherrschte Normalwissenschaft (Anm. 9), S. 421.

Diese Überlegungen führen m. E. schließlich weg vom „exotisierenden Blick“ und hinzu einer „Entpolarisierung“ zwischen forschendem Subjekt und erforschtem Objekt. Denn es gilt die Eigenmacht der historischen Akteure zu rehabilitieren, deren wissenschaftliche Identität zumindest seit dem inneren Verfall des „historischen Herrschaftsdiskurses“ nicht länger in ihrer Andersartigkeit aufging. Denn wo die „fremden“ Kategorien sinnvoll den Diskurs beschreiben, so können sie nicht ohne weiteres auf die historischen Subjekte übertragen werden. Dies ist um so mehr für die zweite Hälfte der Existenz der DDR-Geschichtswissenschaft zu beachten, wo das normierte Regelwerk historischer Orientierung in der DDR an innerer Tragfläche – wenn auch nicht an äußerem Normwert – verlor, und mit „Erbe und Tradition“ gar emanzipatorische – wenn auch begrenzte – Gegenbewegungen aufkamen.

Die in diesem Aufsatz erforschten Jahrzehnte bilden die Brücke zwischen den als fremd erfaßten 1950er und 1960er Jahren und den als eigen erfahrenen Zeit nach 1989. Systematisch betrachtet, müßte eine gewisse „Entfremdung“ der DDR-Historiker in dieser Periode stattgefunden haben. Für die Erforschung dieser Prozesse eignet sich nicht an erster Stelle die „exotisierende Betrachtungsweise“, weil sie Kontinuitäten hin zum Heute übersieht, ebenso wie die bekannte „doppelte Sprache“ der DDR und wie Ähnlichkeiten zwischen erforschtem Objekt und erkennendem Subjekt. Schließlich sollte man sich darüber im Klaren sein, daß trotz der Eigenartigkeiten seiner Geschichtswissenschaft auch dem DDR-Historiker nichts Menschliches fremd war.